

BARTOL KOMPAKT



Die Kommunalwahl

Das Gebäudemodernisierungsgesetz

**250.000 Euro für den Schartenhof
Biedenkopf**

Inhaltsverzeichnis

März 2026

03 Vorwort

Zur aktuellen Lage

04 Das Gebäudemodernisierungsgesetz

Planbarkeit, Klimaschutz, Mieterschutz

05 Die Kommunalwahl

In Hessen wurde gewählt

06 Neujahrsempfang in Stadt und Kreis

Auftakt für 2026

07 Wohnen im ländlichen Raum

Gespräch mit kommunalen Spitzenverbänden

09 Georg-August-Zinn-Preis

für Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf

10 250.000 Euro für den Schartenhof Biedenkopf

Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes

11 120 Jahre SPD Hammersbach

Tradition und Zukunft

12 Erde für den Bundestag

Kunstprojekt DER BEVÖLKERUNG

13 Themen, Orte, Menschen -

ein Tag im Wahlkreis

14 Kurz notiert

Impressum:

Herausgeber

Sören Bartol

Biegenstraße 33

35037 Marburg



05 Die Kommunalwahl

In Hessen wurde gewählt



Foto: Juliane Fieber

10 250.000 Euro für den Schartenhof Biedenkopf

Denkmalschutzsonderprogramm
des Bundes



Vorwort

Foto: Bundesregierung/StadtLandMensch-Fotografie

Liebe Leserinnen und Leser,

was in den ersten zwei Monaten dieses Jahres passiert ist, würde schon jetzt für einen Jahresrückblick ausreichen: Die Entführung des venezolanischen Staatschefs Maduro durch die USA, die Proteste im Iran gegen das Regime und die Ermordung von über 30.000 Menschen. Teile Berlins sind nach einem Anschlag von Linksextremisten tagelang ohne Strom. Trump will Grönland, droht mit Zöllen und dem Ende der NATO. Europa antwortet geschlossen, ist aber uneins beim Handelsabkommen Mercosur. Maria Machado verschenkt ihren Friedensnobelpreis an – ja, wirklich, Donald Trump. Trump startet seinen „Friedensrat“. Am 28. Februar greifen die USA und Israel den Iran an, Ayatollah Ali Chamenei wird getötet. Iranische Raketen und Drohnen schlagen in Israel, den Golfstaaten und Zypern ein. Die Straße von Hormus ist blockiert, tausende Menschen sitzen in der Golfregion fest, der

Welthandel wird beeinträchtigt, der Ölpreis steigt. Ausgang offen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine geht ins fünfte Jahr.

Gefühlt täglich geschieht etwas Unvorhergesehenes, die alte Weltordnung gibt es nicht mehr, Trump beherrscht die Schlagzeilen. Aber es geht auch anders: der kanadische Premier Marc Carney hat es in Davos vorgemacht und dem Theater eine regelbasierte Weltordnung entgegengesetzt, für die sich West- und Mittelmächte zusammmentun und Allianzen schmieden müssen. Europa kann dabei eine wichtige Rolle spielen und genau das sollten wir tun.

Betrachtet man das Weltgeschehen, muss noch etwas anderes offensichtlich werden: Wer in den Ländern der Europäischen Union lebt, den meisten jedenfalls, der lebt auf einer Insel der Glückseligen, in Staaten der Vernünftigen. Oft technokratisch, oft bürokratisch, manchmal zum Verzweifeln langsam, und doch: Man hat

dort etwas, das sich zu bewahren lohnt. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit.

Auch Deutschland ist nicht machtlos. Bei den fünf Landtags- und vier Kommunalwahlen in diesem Jahr können die demokratischen Parteien den Populisten, Fanatikern und Ideologen etwas entgegensetzen. Das Ergebnis der Kommunalwahl in Marburg-Biedenkopf kann uns nicht zufriedenstellen. In Zukunft müssen wir noch besser erklären, wofür wir stehen.

Was in den ersten Wochen des Jahres im politischen Berlin und im Landkreis passiert ist – von Neujahrsempfängen über die Berlinfahrt bis zum Gebäudemodernisierungsgesetz, können Sie dieser Ausgabe entnehmen.

Ihr

Sören Bartol

A photograph of an industrial facility featuring a complex network of large, dark metal pipes supported by a steel framework. A prominent, bright red pipe runs diagonally across the upper right portion of the image. The background is a clear, light blue sky.

Das Gebäudemodernisierungsgesetz

Quelle: unsplash

Die Eckpunkte für ein neues Gebäudemodernisierungsgesetz liegen vor. Aus unserer Sicht ist damit ein Kompromiss gelungen, der Planungssicherheit schafft, Klimaschutz sichert und den Mieterschutz konsequent stärkt.

Damit bekommen wir Klarheit in eine Debatte, die sehr polarisiert hat. Für eine Beibehaltung der 65-Prozentregelung gab es schlichtweg keine politische Mehrheit. Insofern galt es etwas Neues zu entwickeln, was den Pfad zur Klimaneutralität 2045 beibehält, technologieoffener und einfacher wird und die Bezahlbarkeit im Blick behält. Mieterinnen und Mieter werden geschützt, eine verlässliche Förderung klimaneutraler Heizungen ist gesichert.

Künftig erhalten Eigentümerinnen und Eigentümer mehr Entscheidungsfreiheit bei der Wahl ihrer Heizung. Wer sich für eine Öl- oder Gasheizung entscheidet, muss schrittweise einen wachsenden Anteil CO₂-neutraler Brennstoffe einsetzen. Die sogenannte Biotreppe soll sicherstellen, dass auch diese Heizsysteme verbindlich zum Klimaschutz beitragen.

Zentral für die SPD ist der Mieterschutz. Der Einbau unwirtschaftlicher Heizungen darf nicht zu überhöhten Nebenkosten führen. Hier ziehen wir erstmals eine klare soziale Leitplanke ein. Das Bundesjustizministerium wird das durch ein entsprechendes Gesetz sicherstellen. Gleichzeitig bleibt die Förderung klimaneutraler

Heizsysteme verlässlich abgesichert. Die Bundesförderung für effiziente Gebäude wird mindestens bis 2029 fortgeführt. Damit geben wir Bürgerinnen und Bürgern die nötige finanzielle Sicherheit für Investitionen in moderne und klimafreundliche Technik.

Die kommunale Wärmeplanung bleibt als strategisches Instrument erhalten und wird insbesondere für kleinere Kommunen deutlich vereinfacht. Auf Grundlage der Eckpunkte wird die Bundesregierung bis Ostern einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen.



Die Kommunalwahl

Am 15. März wurde in Hessen gewählt. Zuallererst möchte ich ein großes Dankeschön aussprechen.

Danke, an all die engagierten Genossinnen und Genossen, die sich bei uns im Landkreis Marburg-Biedenkopf und hessenweit für ein gutes Ergebnis eingesetzt haben, die jedes Wochenende an den Wahlkampfständen standen und in ihrer Freizeit unzählige Gespräche geführt, Flyer verteilt und Menschen von unseren Ideen für die Kommunen überzeugt haben. Danke auch an alle Ehrenamtlichen der demokratischen Parteien, die sich in der vergangenen Wahlperiode für ihre Heimat eingebracht, Lösungen gesucht und gefunden und unzählige Stunden in Gemeindevertretungs- und Kreistagssitzungen verbracht haben. Und am wichtigsten:

Danke an alle Wählerinnen und Wähler, die dieses Engagement belohnt haben, die uns und den demokratischen Mitbewerbern ihr Vertrauen schenkten.

Die SPD bleibt zweitstärkste Kraft in Hessen. Aber natürlich ist das Ergebnis nicht zufriedenstellend. In Hanau und Offenbach, aber auch in Schwalm-Eder und Kassel Land konnten wir Erfolge verbuchen, um nur beispielhaft einige helle Lichtblicke zu nennen. Auf unseren Listen stehen viele Kandidierende, die in ihren Orten bekannt sind, die sich in Vereinen engagieren und als Kümmerer und die Gesichter der SPD wahrgenommen werden.

Wo wir ansprechbar sind, zuhören und Probleme lösen, können wir erfolgreich sein und bleiben. Das zeigen uns nicht nur die guten Ergebnisse

unserer Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten in ganz Hessen, die zum Teil trotz vieler Mitbewerber nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt haben.

Die wachsenden blauen Balken in Nord- und Südhessen und ja, auch hier in Marburg-Biedenkopf, sind erschreckend, gerade weil die AfD ihre Stimmen mit unbekanntem Personal und ohne inhaltliches Angebot bekommt. Unsere Aufgabe in der nächsten Wahlperiode muss sein, hier Vertrauen zurückzugewinnen, zu zeigen, dass wir Lösungen haben und nicht nur Parolen und Populismus.



Neujahrsempfang in Stadt und Kreis

Das politische Jahr in Marburg und dem Landkreis beginnt traditionell mit den Neujahrsempfängen. In diesem Jahr habe ich neben dem Empfang der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf auch am Neujahrsempfang in Stadtallendorf mit dem FCKK Stadtallendorf teilgenommen – eine schöne Gelegenheit so richtig in die fünfte Jahreszeit zu starten.

Die Events standen ganz im Zeichen des Dialogs und der Vernetzung. Neben den Mandats- und Funktionsträgern nahmen auch viele Ehrenamtliche teil – sei es aus den Sportvereinen, der Kinder- und Jugendarbeit oder den Karnevalsverbänden. Auf den Neujahrsempfängen nutze ich gerne die Gelegenheit mit ihnen ins Gespräch zu kommen und sich über die anstehenden

Veranstaltungen und Feste, die Nachwuchsarbeit oder Investitionen in Vereinsheime, Plätze und Sporthallen auszutauschen.

Auf dem Neujahrsempfang des Landkreises Marburg-Biedenkopf betonte unser Landrat Jens Wommelsdorf wie viel auf kommunaler Ebene trotz knapper Kassen gelingt. In den vergangenen Jahren konnten viele wichtige Projekte angegangen werden. Von der Sanierung von Kreisstraßen bis hin zur Rettung der Hinterland-Klinik. Gerade letztere hat für die Region eine große Bedeutung, weil an ihr nicht nur viele Arbeitsplätze hängen, sondern vor allem die wohnortnahe medizinische Versorgung.

Thematisch stand auf dem Marburger Neujahrsempfang die Konsolidierung im Vorder-

grund, also wie es gelingen kann, die städtischen Ausgaben zu senken ohne auf notwendige Investitionen zu verzichten. Für den Oberbürgermeister Thomas Spies und uns als SPD ist es selbstverständlich, dass es keinen Kahlschlag bei Kultur und Sozialem geben darf. Nachdem in den letzten Jahren ein Großteil der einmaligen Mehreinnahmen aus der Corona-Zeit in Straßen, Sporteinrichtungen, die Feuerwehren und vieles mehr investiert wurden, können mit dem Rest die Einsparungen gemanagt werden.

Gemeinsam wird es uns im nächsten Jahr und darüber hinaus trotz knapper Kassen gelingen, Marburg-Biedenkopf zu gestalten und Zukunftsprojekte anzugehen.



Wohnen im ländlichen Raum

Wenn es um den Wohnungsmarkt und Wohnkosten geht, hören und sehen wir meistens Geschichten aus den Ballungszentren - Berlin, Frankfurt oder München. Dabei ist ein überwiegender Teil der Fläche in Deutschland ländlich geprägt, mehr als ein Drittel der Menschen lebt in ländlichen Regionen. Die Herausforderungen im ländlichen Raum sind vielschichtig und oftmals ganz andere als in den Metropolregionen und bieten doch Chancen für den Wohnungsmarkt insgesamt. Angesichts des demografischen Wandels, der veränderten Siedlungsstruktur und der Bedürfnisse der Bewohner wird deutlich, dass wir gemeinsam neue Perspektiven entwickeln müssen, auch um Lösungsoptionen für die Ballungszentren bieten zu können. All das war Thema beim dritten

Kommunaldialog des Bundesbauministeriums im Januar, den ich mit einer Keynote eröffnen durfte.

Zentrales Thema ist und bleibt dabei der demografische Wandel, der in ländlichen Regionen besonders spürbar ist. Das Arbeitsangebot ist geringer als in den wirtschaftlich starken Ballungszentren, oft fehlen Kitas, Schulen und Ärzte. Bus und Bahn ins städtische Zentrum fahren nur dreimal am Tag. Schnelles Internet gibt es nicht. Was dazu führt, dass viele ländliche Gemeinden einen bedeutenden Teil ihrer jungen, aktiven und kreativen Bevölkerung verlieren. Diese Entwicklung fungiert wie ein Teufelskreis, der sich selbst verstärkt. Die Bevölkerung schrumpft, was dazu führt, dass in vielen Gebieten der Bedarf an Wohn-

raum zurückgeht und Leerstandstrategien nötig werden, um Ortskerne nicht veröden zu lassen.

Trotz dieser Herausforderungen lassen sich jedoch auch zahlreiche Chancen erkennen, die das Wohnen im ländlichen Raum attraktiver machen können. Die fortschreitende Digitalisierung eröffnet beispielsweise neue Möglichkeiten der Arbeitsorganisation und Lebensgestaltung. Homeoffice und digitale Dienstleistungen machen es immer einfacher, zeit- und ortsunabhängig zu arbeiten. Dies könnte entscheidend dazu beitragen, dass die Attraktivität ländlicher Regionen wieder steigt, denn viele Menschen schätzen die Ruhe und den Platz, den der ländliche Raum bietet, gerade Familien mit Kindern.

Hinzu kommt, dass Immobilien hier deutlich erschwinglicher sind und mehr Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

Mit innovativen Konzepten, wie ländliche Gemeinden umweltfreundlicher und lebendiger gestaltet werden können, können Zukunftsperspektiven geschaffen und junge Familien und Fachkräfte wieder gezielt angeworben werden. Die Bioenergiedörfer bei uns im Landkreis Marburg-Biedenkopf machen vor, wie die Energiewende erfolgreich lokal gestaltet werden kann und alle davon profitieren.

Eine wichtige Maßnahme, mit der wir im Bundesbauministerium die Entwicklung des ländlichen Raums fördern, ist die Städtebauförderung. Diese haben wir trotz angespannter Haushaltslage im Bund von zuletzt 790 Millionen Euro deutlich auf eine Milliarde in diesem Jahr erhöht und wollen sie bis zum Ende der Legislaturperiode auf rund 1,6 Milliarden verdoppeln. Dem Namen zum Trotz fließen rund die Hälfte der Mittel in den ländlichen Raum und

unterstützt unter anderem die Sanierung von Ortskernen und Aktivierung von Leerständen. Wo Ruinen ganze Straßenzüge ruinieren, kann auch der Abriss damit finanziert werden.

Zusätzlich unterstützen spezielle KfW-Förderprogramme den Erwerb und die Sanierung bestehender Gebäude. Mit dem Förderprogramm Jung kauft Alt wird aus leerstehenden Häusern wieder ein Zuhause für junge Familien. Neben dem Impuls für das lokale Handwerk stärkt die Belebung der Ortskerne das Zusammenleben vor Ort. Denn wer im Ort ankommt, macht mit: in der Feuerwehr, im Sportverein, an den Schulen. Wohnen auf dem Land muss nicht immer Neubaugebiet heißen.

Erfreulicherweise kann auch das Programm Altersgerecht Umbauen fortgeführt werden. Denn der Bedarf nach barrierefreiem Wohnraum steigt mit dem Alter der Bevölkerung und im ländlichen Raum macht sich der demographische Wandel an vielen Orten besonders bemerkbar. Das Programm wird

im Frühjahr 2026 starten und steht dann allen Menschen und Bedarfsgruppen offen, ob Eigentümerin oder Eigentümer, ob Mieterin oder Mieter, ob ländlicher oder städtischer Raum, ob präventiv oder weil der Bedarf schon da ist.

Und auch digitale Impulse spielen eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung ländlicher Räume. Kommunen und Regionen können sich durch smarte Lösungen untereinander deutlich besser organisieren, sei es beim On-Demand-ÖPNV, Katastrophenschutz oder Vertrieb landwirtschaftlicher Produkte.

Ich bin überzeugt, dass ländliche Räume urbanen Zentren ein attraktives Gegenmodell bieten können. Dieses Modell zeichnet sich durch Gemeinschaft, Nachhaltigkeit und Lebensqualität aus. So können auch ländliche Regionen, die aktuell großen Herausforderungen gegenüberstehen, mit den richtigen Impulsen in Zukunft erneut aufblühen.





Georg-August-Zinn-Preis für Frauke Brosius-Gersdorf

Am 18. Januar hat die hessische SPD im Landtag in Wiesbaden den Georg-August-Zinn-Preis verliehen. Mit ihm ehren wir einen Ministerpräsidenten, der Hessen und die hessische Sozialdemokratie in seiner 19 Jahre währenden Amtszeit geprägt hat wie kein Zweiter. Er kämpfte für ein ausgewogenes Gleichgewicht von Freiheit, sozialer Sicherheit und Gleichheit. Georg August Zinn wollte die Versöhnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Er förderte gesellschaftliche Integration und Möglichkeiten zur Teilhabe am Wohlstand aller. Er war ein Demokrat aus tiefster Überzeugung. Mit dem Georg-August-Zinn-Preis zeichnen wir Menschen und Institution aus, die sich in unserem Land besonders verdient gemacht haben und sich für Menschlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und den sozialen Zusammenhalt einsetzen.

Seit 2002 wird der mit 5.000 Euro dotierte Georg-August-Zinn-Preis vergeben. Unter den Preisträgern sind Wissenschaftler, Sportler, Stiftungen; 2021 hat die Stadt Hanau den Preis für ihren Einsatz gegen Rassismus bekommen. Sie alle eint das Engagement für unsere Gesellschaft, für Zusammenhalt, Rechtsstaatlichkeit, Menschlichkeit und Vernunft. In diesem Jahr haben wir den Preis Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf verliehen, die als Juristin mit ihrer Arbeit das Verfassungs- und Sozialrecht in der Bundesrepublik schon viele Jahre prägt. Eine Wissenschaftlerin, die wichtige Impulse für das Verständnis des Grundgesetzes und damit für die Stärkung des Rechtsstaats und des demokratischen Gemeinwesens gibt und eine Professorin, die mit ihrer Lehre und Forschung auch den Grundstein für das Rechtsverständnis im Deutschland von morgen legt.

Im letzten Herbst hatte Frau Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf ihre Kandidatur als Richterin am Bundesverfassungsbericht zurückgezogen, um zu verhindern, dass unsere Demokratie durch eine unsägliche Hasskampagne um ihre Person Schaden nimmt. Eine Entscheidung, die ich verstanden, aber dennoch sehr bedauert habe. Insbesondere auch vor dem Hintergrund des unwürdigen Umgangs mit ihrer Person im Zug der Nominierung zur Verfassungsrichterin verdient ihr Auftreten großen Respekt: sachlich, argumentativ, souverän. Diese Preisverleihung ist daher auch ein Signal: unser Rechtsstaat lebt von Menschen, die ihm fachlich und charakterlich gewachsen sind. Menschen wie Frauke Brosius-Gersdorf, die als Verfassungsrechtlerin daran erinnert, dass das Grundgesetz ein Arbeitsauftrag ist – für uns alle.



250.000 Euro für den Schartenhof Biedenkopf

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat Mittel aus dem Denkmalschutzsonderprogramm in Höhe von 250.000 Euro für die Sanierung des Schartenhofs in Biedenkopf-Eckelshausen bewilligt. Im November hatte ich mir den Schartenhof gemeinsam mit den Eigentümern angeschaut und mir einen Eindruck vom Zustand des historischen Gebäudes und den verschiedenen Nutzungen des Hauses u.a. als Marionettentheater angeschaut. Das Engagement der Eigentümer und auch das historische Gebäude selbst haben mich beeindruckt, sodass ich den Antrag bei meinen Kolleginnen und Kollegen in Berlin begleitet und unterstützt habe.

Die behutsame Instandsetzung und Ertüchtigung der historischen Bausubstanz des Wohnhauses von 1690 unter

Wahrung der denkmalpflegerischen Substanz und des authentischen Erscheinungsbildes ist das Ziel der baulichen Maßnahmen. Die schadhafte Kunstschieferdeckung soll unter fachgerechter Asbestsanierung abgenommen und durch Naturschiefer ersetzt werden. Es gilt, die Tragfähigkeit des Dachwerks dauerhaft zu sichern. Nach Räumung und Herstellung der Baufreiheit werden die historischen Holzbalkendecken und Lehmgefache überprüft, restauriert bzw. denkmalgerecht mit Lehm und Kalkputz geschlossen. Zur zukünftigen Nutzung als Figuren- und Skulpturenlager wird der unebene Bodenaufbau zurückgebaut und durch einen Holzbelag ersetzt, um die Deckenstatik nicht zu überlasten. Das Gebäude erhält ein neues denkmalverträgliches Heizungssystem, das eine

konstante Raumtemperatur zur Erhaltung der empfindlichen Kunstobjekte gewährleistet.

Der Bund trägt mit der bewilligten Summe die Hälfte der veranschlagten Kosten in Höhe von 500.913,84 Euro. Es freut mich sehr, dass nach dem Herrenhaus in Amönau, der Waggonhalle in Marburg, der Alten Kirche in Bürgeln, dem Kaiser Wilhelm-Turm auf der Sackpfeife, der Lutherischen Pfarrkirche in Marburg, den historischen Orgeln in Münchhausen, Anzefahr und Stausebach und der Burg Mellnau erneut ein Projekt von der Förderung des Sonderprogramms profitiert, das für unseren Landkreis von großer Bedeutung ist. Besonders Dank gilt Herrn Dr. Bernhard Buchstab vom Landesamt für Denkmalpflege in Hessen.



120 Jahre SPD Hammersbach

1906 gründeten 32 mutige Männer im hessischen Hammersbach einen SPD-Ortsverein, um für Mitbestimmung und ihre Rechte zu kämpfen. Die Sozialdemokratie war eine junge aufstrebende Kraft, für die sich immer mehr Menschen begeisterten. Ihr Anspruch war es, die Realität in einer sich verändernden Welt gerechter zu gestalten. Eine Entwicklung, die auch in Hammersbach nicht allen gefiel, die aber nicht mehr zu unterdrücken war. Der junge Ortsverein hatte nicht nur mit den Behinderungen durch den Bürgermeister zu kämpfen, sondern auch damit, dass kein Gastwirt einen Versammlungsraum zur Verfügung stellen wollte. Aber die Sozialdemokraten waren nicht aufzuhalten: sie hielten ihre erste größere Versammlung auf einem Acker unter freiem Himmel ab.

Ich hatte die Ehre, die Laudatio zum 120-jährigen Bestehen zu halten und mit vielen engagierten Sozialdemokratinnen und -demokraten auf die Geschich-

te ihres Ortes zurückzublicken. Eine Geschichte, die reich an Brüchen, Höhen und Tiefen und Katastrophen ist. In der es Verfolgung, Diktatur, Gewalt und unglaubliches Leid gab. Aber auch Fortschritt, Erneuerung und Zukunft. Die Grundwerte der Sozialdemokratie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität haben uns durch eine bewegte Geschichte geführt und sind bis heute unser Kompass. Wenige Jahre nach der Gründung in Hammersbach folgten auf den ersten Weltkrieg und die Weimarer Republik Jahre des Faschismus, in denen Sozialdemokratinnen und -demokraten verfolgt, inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden. Auch in Hammersbach wurde die SPD verboten, der gewählte Bürgermeister des Amtes enthoben und durch einen Nationalsozialisten ersetzt. Es folgten dunkle Jahre, in denen die Nationalsozialisten Deutschland, Europa und die Welt mit Krieg und Terror überzogen und Millionen Menschen ermordeten.

Der Holocaust. Heute wirkt das alles kaum fassbar. In Zeiten aber, in denen Rechtspopulisten in vielen Teilen der Welt stärker werden, die Demokratie unter Beschuss ist und in Deutschland die AfD immer stärker wird, wird klar, dass das, was gerade noch unmöglich schien, eben doch möglich ist. Dieser Entwicklung treten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entgegen. Wir stehen für Antifaschismus seit 1863.

Gemeinsam mit engagierten Demokratinnen und Demokraten in Hammersbach dieses sozialdemokratische Jubiläum zu feiern und Mitglieder für ihren Einsatz für Demokratie zu ehren, hat mich sehr gefreut. Dass wir an diesem Tag dort zusammenkommen und auf eine lange sozialdemokratische Tradition zurückblicken konnten, verdanken wir nicht zuletzt den mutigen Männern von 1906.



DER BEVÖLKERUNG

Erde für den Bundestag - Kunstprojekt DER BEVÖLKERUNG

Im nördlichen Lichthof des Berliner Reichstagsgebäude strahlen in großen weißen Buchstaben die Worte „DER BEVÖLKERUNG“ in den Himmel. Besonders gut zu lesen, ist der Schriftzug aus dem angrenzenden Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Im Beet, das die Buchstaben umgibt, befindet sich Erde aus der ganzen Bundesrepublik, die die Abgeordneten aus ihren Heimatwahlkreisen mit nach Berlin genommen haben. Seit September 2000 gibt es das Kunstprojekt von Hans Haacke, das an den Schriftzug „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ über dem Hauptportal des Reichstagsgebäudes anknüpft. Nach über 25 Jahren, soll das Beet wieder mit Erde aus den Wahl-

kreisen aufgefüllt werden. Deshalb sammle auch ich Erde aus dem Landkreis. Schon meine Vorgängerin, Brigitte Lange, hatte zum Start des Projekts einen Sack Marburger Erde von hier eingebracht.

Damit möglichst viele Orte aus dem Landkreis repräsentiert werden, rufe ich dazu auf, Erde für das Beet im Reichstagsgebäude zu sammeln. Egal ob aus dem Garten, vom Sportplatz des eigenen Vereins oder dem persönlichen Lieblingsplatz. Jede und jeder hat die Möglichkeit ein bisschen eigene Erde nach Berlin zu senden.

Wer teilnehmen möchte, kann die Erde in einem kleinen Marmeladenglas sammeln und mit

dem Ort beschriften, von dem sie stammt. Gesammelt und umgefüllt wird die Erde dann bis zum 31. März im Wahlkreisbüro in der SPD-Geschäftsstelle. Die Adresse lautet Biegenstraße 33, 35037 Marburg.

Sowohl die Versendung per Post als auch die persönliche Abgabe ist möglich. Von dort aus bringe ich die Erde nach Berlin in das Beet im Lichthof des Reichstagsgebäudes.

Bei Fragen zur Aktion ist das Wahlkreisbüro unter der Telefonnummer 06421/ 1699016 oder der E-Mail-Adresse soeren.bartol.wk@bundestag.de zu erreichen.



Themen, Orte, Menschen: Ein Tag im Wahlkreis

Am 06. Februar startete mein Tag mit der Sitzung der Kreistagsfraktion. Seit dem Ende meines Studiums bin ich schon Mitglied des Kreistages. Viele wichtige Entscheidungen, die unser Leben hier vor Ort prägen werden im Kreistag getroffen. Von unseren Schulen bis hin zur Rettung des DRK-Krankenhauses – die Themen sind vielfältig.

Die Sitzung des Kreistages Anfang Februar war ein besonderer Termin, weil es die letzte Sitzung des aktuellen Kreistages vor der Kommunalwahl war. In der zu Ende gehenden Legislatur konnten wir als SPD-Fraktion viel gestalten – darauf sind wir stolz. Auch zum Abschluss gab es noch einmal lebendige Debatten und am Ende emotionale Worte, denn einige Kreistagsmitglieder werden dem nächsten Parlament nicht mehr angehören.

An dieser Stelle ein großes

Dankeschön für das außergewöhnliche Engagement vieler Mitglieder, insbesondere an den Kreistagsvorsitzenden Detlef Ruffert, dessen Worte uns alle berührt haben.

Am Nachmittag war ich für ein Gespräch über die Zukunft des Bürgerhauses in Biedenkopf. Seit der Schließung während der Corona-Krise ist die Kommunalpolitik bemüht, hier Lösungen zu finden. Aktuell führt die Stadt Gespräche zu einem Verkauf des Geländes. Wichtig hierbei ist in erster Linie ein überzeugendes Nutzungskonzept, damit dieses wichtige und große Areal mitten in Biedenkopf nicht langfristig brachliegt.

Der Tag endete mit einer Diskussion zu einem Thema das mir besonders am Herzen liegt – dem Mindestlohn, der zum 01.01.2015 auf Initiative der SPD eingeführt wurde und

das Leben von Millionen von Menschen in Deutschland verbessert hat.

Zu Gast war zu diesem Thema Stefan Korzell, Mitglied des DGB-Bundesvorstands und der Mindestlohnkommission, die jährlich die Höhe des Mindestlohns festlegt. Rückblickend zeigt sich, dass die Einwände vieler Kritiker unbegründet waren. Der Mindestlohn ist eine echte Erfolgsgeschichte. Klar ist aber auch: Wir brauchen starke und flächendeckende Tarifverträge. Die CDU fährt gerade einen Generalangriff auf die Sozialpartnerschaft und den Sozialstaat insgesamt und wir werden dagegenhalten. Die Einführung eines Bundestariftreuegesetzes ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.



Kurz notiert

Ein inspirierendes Treffen mit jungen Menschen aus den USA

Auch in diesem Jahr ist im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) eine Gruppe junger Amerikaner zu uns nach Deutschland gekommen. Im Januar haben sie mich in meinem Wahlkreisbüro in Marburg besucht. Es war beeindruckend zu hören, wie sie Alltag, Kultur und Politik in Deutschland erleben und sich über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den USA und Deutschland auszutauschen. Statt Donuts gab es - der Jahreszeit entsprechend - Berliner

Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm des amerikanischen Kongresses und des Deutschen Bundestages bietet seit 1983 jungen Menschen aus beiden Ländern die Möglichkeit, ein Jahr im Gastland zu verbringen, dort zur Schule zu gehen oder zu arbeiten.

Ich bin immer wieder begeistert, wie viele frische Perspektiven und neue Ideen junge Menschen in die politische Diskussion einbringen. Wir können alle voneinander lernen – und genau das ist es, was den internationalen Dialog so wertvoll macht, ganz besonders in diesen Zeiten.



Besuch Evonik Hanau

Im Januar habe ich auf Einladung von Thomas Wessel, Personalvorstand und Arbeitsdirektor von Evonik, gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Tobias Eckert, sowie dem Ersten Kreisbeigeordneten Andreas Hofmann, Evonik in Hanau besucht.

Hier treibt Evonik den Aufbau eines Forschungs- und Skalierungszentrums für Elektrochemie voran. Ziel ist es, innovative Verfahren schneller in die industrielle Anwendung zu bringen. Unternehmen wie Evonik sind wichtig für unseren Wirtschaftsstandort in Hessen und Deutschland. Vielen Dank für den offenen und guten Austausch!





Foto: Bundesregierung/StadtLandMensch-Fotografie

Berlin-Fahrt des Bundespresseamtes

Wir Abgeordnete des Deutschen Bundestages haben jedes Jahr die Möglichkeit einigen Menschen aus unseren Wahlkreisen im Rahmen einer politischen Informationsfahrt einen Besuch in Berlin zu ermöglichen. Wie gerne das angenommen wird, zeigt die mittlerweile beachtliche Warteliste für diese Fahrten.

Vor Kurzem besuchte mich wieder eine bunt gemischte Gruppe aus dem Wahlkreis, die aus Landschaftsführern aus Bad Endbach, Organisatoren des Europafestes Stadtallendorf, einer Hobby-Radfahrgruppe und Marburger Schaustellern bestand.

Neben dem Besuch im Bundestag standen u.a. der Bundesnachrichtendienst, eine Führung im Bundeskanzleramt und ein Besuch in der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen auf dem Programm.

